

Antrag

der AfD-Fraktion

Sommerzeit abschaffen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung setzt sich für die deutschland- und EU-weite Abschaffung der Sommerzeit ein. Sie wird eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Sommerzeit initiieren.

Begründung:

Die Umfragen zum Thema Sommerzeit zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen keine Zeitumstellung haben möchte, Tendenz steigend. Gerade ältere Menschen lehnen sie ab. Ursprünglich sollte mit der Sommerzeit Energie eingespart werden. Vergleichende Studien haben das nicht belegt. Auch die Bundesregierung kam schon 2005 in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage zu dem Schluss, dass die Sommerzeit im Hinblick auf den Energieverbrauch keine Vorteile bietet. Die Sommerzeit verhilft nicht dazu, Energie einzusparen.

Zeitumstellungen beeinflussen den Biorhythmus von Menschen und könnten die Gesundheit beeinträchtigen. So besteht die Vermutung, dass sich Schlafstörungen und Depressionen verschärfen oder Herzkreislaufisiken erhöhen. 2014 wurde eine Langzeitbeobachtung der Krankenkasse veröffentlicht. Demnach kämen in den ersten drei Tagen nach dem Wechsel von Winter- auf Sommerzeit 25 Prozent mehr Patienten mit Herzbeschwerden ins Krankenhaus als im Jahresdurchschnitt. Wenn auch für die Gesundheitsgefährdung bisher kein wissenschaftlicher Nachweis vorliegt, so sind zumindest körperliche Anpassungsaktivitäten unstrittig. Das vom Bundestag mit dem Thema „Bilanz der Sommerzeit“ beauftragte Büro für Technikfolgen-Abschätzung kommt in seiner Studie zum Schluss, dass der Schlaf-Wach-Rhythmus beeinträchtigt werden kann.

Die Zeitumstellung ist mit administrativen Aufwendungen verbunden, die Kosten und Bürokratie in Verwaltung und Wirtschaft nach sich ziehen. Wenn nun die Gründe für die Sommerzeit entfallen sind, muss sie abgeschafft werden. Die Zeitumstellung ist eine überflüssige Reglementierung und hat deshalb zu unterbleiben.

Auf EU-Ebene machen sich viele Abgeordnete für eine Abschaffung stark. Einige Abgeordnete wollen alle parlamentarischen Mittel nutzen, um Druck auf die EU-Kommission auszuüben. Diese müssen unterstützt werden, um die entsprechende

EU-Richtlinie 2000/84/EG zu ändern. Sollte sich keine Einigung auf EU-Ebene ergeben, muss Deutschland im Alleingang handeln. Vernunftbezogene Argumente müssen Vorrang vor falschen Standards haben.

Birgit Bessin
für die AfD-Fraktion